

Harald Mahrer
Bettina Lorentsich



MUT!

Wir sind dafür.

edition noir

JULIUS RAAB STIFTUNG

Harald Mahrer
Bettina Lorentschitsch

Mut.

Wir sind dafür.

JULIUS RAAB STIFTUNG

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

2015 Verlag noir, Wien
Verlag noir, 1120 Wien, Tivoligasse 73
www.verlagnoir.at

Herausgeber: Julius Raab Stiftung
Grafik und Satz: dggd – Doris grussmann graphic design
Lektorat: Dr. Arnold Klaffenböck
Druck: AV+Astoria Druckzentrum GmbH
Printed in Austria

ISBN 978-3-9503812-5-2



Vorwort

Seite 7

Mut – eine Haltung macht den Unterschied

Seite 9

Mut in der Politik

Seite 13

Mut in der Bildung

Seite 21

Mut in der Wirtschaft

Seite 31

Mut in der Gesellschaft

Seite 37

Mut zur Vernunft

Seite 45



Vorwort

Abstiegsängste, Stagnation, Besitzstandsdenken: In Österreich ist oft die Vergangenheit das Maß der Dinge. Und nicht die Zukunft. Das muss sich ändern, wenn wir im Wettbewerb um Wachstum und Wohlstand wieder an die Spitze wollen.

Österreich braucht jetzt vor allem eines: Mehr Mut, die Dinge in die richtige Richtung zu verändern. Und mehr Bereitschaft, die Zukunft aktiv zu gestalten.

In der Pflicht sind Politik, Gesellschaft, Bildung und Medien. In der Pflicht ist aber auch jeder Einzelne. Die Verantwortung für aktives Gestalten kann nicht auf andere Ebenen abgeschoben werden. Es ist zu wenig, mutiges Handeln auf andere Ebenen zu delegieren und selbst nichts damit zu tun haben zu wollen. Die Politik braucht mutige Politiker, die Gesellschaft mutige Bürger, die Wirtschaft mutige Unternehmer und Mitarbeiter. Wir stellen den mutigen Menschen in den Mittelpunkt, der seine Verantwortung wahrnimmt. Dies zu fördern und zu fordern, bringt uns alle weiter.

Mit unserem Essay „Mut. Wir sind dafür“ wollen wir Anstöße und Ideen dafür liefern, wie wir mutiger werden können. Wir wollen aufzeigen, warum ganz Österreich dafür unternehmerischer denken und handeln muss. Und wir wollen deutlich machen, dass es grundvernünftig ist, mutig zu denken und zu handeln.

Harald Mahrer
Bettina Lorentschitsch



Mut – eine Haltung macht den Unterschied

„Mut ist eine Charaktereigenschaft, die dazu befähigt, sich gegen Widerstand und Gefahren für eine als richtig und notwendig erkannte Sache einzusetzen“, weiß Wikipedia – und bringt auch die Grundlagen für mutiges Handeln auf den Punkt: Wertbewusstsein, eigenständiges Denken, charakterliche Stärke und Durchsetzungsvermögen. Mut und seine Grundlagen sind heute wichtiger denn je. Nicht nur als persönliche Charaktereigenschaft, sondern auch als gesellschaftliche Stärke und Teil unseres österreichischen „Betriebssystems“.

Feigheit gefährdet Zukunft

So brauchen wir Mut in der Politik, um notwendige Reformen und Weiterentwicklungen unserer Institutionen und Strukturen möglich zu machen. Die Bandbreite reicht von finanzierbaren Pensionen über eine effiziente Verwaltung bis zu wirklich zukunftsfähiger Bildung. Politische Feigheit und Faulheit, das Richtige und Notwendige zu tun, gefährden unsere Zukunft.

Unternehmertum schafft die Grundlagen

Wir brauchen Mut in der Wirtschaft, weil wir nur mit unternehmerischer Risikobereitschaft und Innovationskraft den Wettbewerb um Wachstum und Wohlstand gewinnen können. Dabei haben wir in Österreich großen Handlungsbedarf. Das Unternehmertum wurde die längste Zeit gesellschaftlich diskreditiert und unter Generalverdacht gestellt. Dabei ist es unternehmerisches Denken

und Handeln, das die Grundlagen für unser Wirtschafts- und Sozialmodell schafft. Wir sollten nicht länger am Ast sägen, auf dem wir sitzen.

Mehr Eigenverantwortung und Selbstorganisation

Wir brauchen Mut in der Gesellschaft, weil mit passiven Zuschauern kein verantwortungsvolles Gemeinwesen zu machen ist. Die Verstaatlichung wichtiger gesellschaftlicher Werte, wie etwa der Solidarität, hat dazu geführt, dass es einen Delegationswettbewerb von Verantwortung gibt. Dabei ist es heute wichtiger denn je, die Spielräume für Eigenverantwortung und Selbstorganisation zu erhöhen. Zivilgesellschaftliches Engagement ist die entscheidende Zukunftsressource.

Digitalisierung statt Durchschnittlichkeit

Wir brauchen Mut in der Bildung, weil die Zukunft nicht auf uns wartet. Digitalisierung und Wissensgesellschaft sind keine inflationären Schlagworte, sondern harte Realität. Mit einem Bildungssystem aus dem analogen Zeitalter und mit ideologischen Ansätzen von vorgestern werden wir die neuen Chancen nicht nützen können. Auch ein Bildungssystem, das nicht Mut und Eigenverantwortung, sondern Anspruchsdenken und Durchschnitt fördert, bringt uns nicht weiter.

Diskurs statt Meinungsmache

Wir brauchen Mut in den Medien, weil politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten die Rolle von Medien als unabhängige Plattformen für den öffentlichen Diskurs unterminieren. Gerade heute ist es wichtiger denn je, dass Medien objektiv auf den Punkt bringen, vor welchen Herausforderungen wir stehen und welche Lösungen es dafür gibt. Die vierte Macht im Staat muss mehr machen, als „bad news“ zu verbreiten.

Aufklärung und Vernunft

Wir brauchen Mut zur Vernunft, denn sie ist und bleibt der Kern unserer modernen Gesellschaft. Der aufklärerische Wahlspruch „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“ ist in einer Zeit des wachsenden Populismus und religiös verbrämter kultureller Zumutungen aktueller denn je. Mut und Vernunft sollten in unserer Gesellschaft die Seiten der gleichen Medaille sein. Mutlosigkeit ist einfach unvernünftig.

Mut braucht Zukunft

Unser Verständnis von Mut hat nichts mit Romantisierung und Vergangenheitsorientierung zu tun, sondern sehr viel mit Zukunft und Freiheitsbewusstsein. Wir sind davon überzeugt: Nur freie Menschen können mutig sein und Verantwortung für ihr Tun übernehmen. Politisch geschürte Abhängigkeit macht mutlos. Mut ist eine persönliche und gesellschaftliche Haltung, die wir für die Bewältigung vieler Herausforderungen in vielen Handlungsfeldern dringend brauchen. Sie macht den Unterschied zwischen einer fremd- oder einer selbstbestimmten Zukunft. Sie entscheidet, ob wir Chancen nützen können oder vorbeiziehen lassen. Sie stärkt Partizipation und Resilienz in unserer Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Mut Zukunft hat in Österreich.



Mut in der Politik

Politischer Mut wird – weil er offenbar so selten ist – meist an politischen Ausnahmefiguren deutlich gemacht. Leopold Figl, Julius Raab, Josef Klaus und Wolfgang Schüssel sind solche mutigen Köpfe, die Österreich verändert haben. Sie haben ihr politisches Mandat nicht bloß als Amt oder Selbstzweck, sondern als Auftrag zur Veränderung verstanden. Aber warum sind sie Ausnahmeerscheinungen geblieben? Warum ist Mut nicht in die DNA der österreichischen Politik eingegangen? Warum finden sich für Reformverweigerer politische Mehrheiten?

Das Reform-Paradoxon

Es scheint ein ungeschriebenes Gesetz in der Politik zu sein, dass mutige Politiker und Reformen abgewählt werden. Wiewohl man Jahre später dann meistens doch ihre Leistungen würdigt und hervorhebt. Dahinter steht das politische Reform-Paradoxon: Mutige Reformen und Veränderungen werden in vielen Bereichen als Verlustgeschäft angesehen – obwohl sie das gar nicht sind. Ein Faktor ist immer die Zeit: Gleich nach dem Säen zu ernten, ist nirgends möglich. Reformen brauchen Zeit, damit sie wirken können.

Reform-Katalysator EU

Österreichs EU-Beitritt ist ein weithin beeindruckendes Beispiel, wie sich politischer Mut für Österreich gelohnt hat. Wenn man die zahlreichen Ängste und Warnungen damals mit der enormen Erfolgsstory, die Österreich in der Zwischenzeit schrieb, vergleicht, wird dies klar. Heute wissen wir: Mehr Wirtschaftswachstum, mehr Arbeitsplätze, mehr Sicherheit, mehr Stabilität – das gab

und gibt es nur deshalb, weil Österreich damals mutig war. Der EU-Beitritt war wohl einer der wirksamsten Katalysatoren für Reformen in Österreich.

Mentale Bollwerke gegen Veränderung

Mangelnder politischer Mut ist freilich auch im Kontext pessimistischer gesamtgesellschaftlicher Stimmungslagen zu sehen, die auch grundsätzlich aufstiegsorientierte Schichten erfasst haben. Die Soziologin Cornelia Koppetsch ortet in ihrem Essay „Die Wiederkehr der Konformität“ etwa eine Sehnsucht nach Geborgenheit angesichts von Abstiegsängsten. Die Mittelschicht fürchtet sich nicht mehr vor „Beschränktheit und Provinzialität, sondern vor Statusverlusten“, lautet der Befund. Im politischen Spektrum links der Mitte gebe es ohnehin „kein Leitbild, kein Modell von einer zukünftigen gerechten Ordnung.“ Die Linke begreife sich nur mehr als „letztes Bollwerk gegen den Abbau des Sozialstaats.“ Ein Selbstverständnis, das erklärt, warum es dort so massiv an Reformeifer mangelt und warum man auf der Suche nach politischem Mut in diesem Spektrum kaum fündig wird.

Mut als Systemfrage

Sind also die Zeiten für politischen Mut schlechter denn je, obwohl mutige Politik angesichts demografischer Entwicklung, massiver Staatsschulden oder globalem Wettbewerb wichtiger denn je ist? Politischer Mut ist nicht nur eine individuelle, sondern auch eine systemische Herausforderung. Mutige Reformpolitik muss sich zunächst um bessere Bedingungen für Reformpolitik einsetzen, bevor Reformpolitik betrieben werden kann.

Mut braucht eine „Story“

Mut in der Politik braucht deshalb einen Narrativ als Rahmen. Eine „Story“, mit der glaubwürdig erzählt wird, warum politischer Mut wichtig ist und welche Veränderungen mutig angepackt werden müssen. Für die Volkspartei lässt sich dieser Narrativ mit dem Prin-

zip „Veränderung aus Verantwortung“ auf den Punkt bringen. Es geht darum, mutig Dinge zu verändern, damit es besser wird im Land. Nicht aus Selbstzweck und zur Selbstinszenierung, sondern aus Verantwortung für die Zukunft. Dafür hat die Volkspartei in der Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik immer wieder gesorgt. Staatsvertrag, soziale Marktwirtschaft und EU-Beitritt sind nur einige mutige Meilensteine wichtiger Veränderungen und positiver Weiterentwicklungen, für welche die Volkspartei die Verantwortung trägt.

Politische Feigheit und Faulheit sind der falsche Weg. Sie gefährden unsere Zukunft. Aus Verantwortung mutige Reformen vorzunehmen, sind wir vor allem den jungen Menschen schuldig. Chancen statt Schulden. Sozialer Aufstieg statt Abstiegsängste. Arbeit statt Perspektivlosigkeit. Das alles leitet sich aus einem Narrativ ab, der Veränderung aus Verantwortung anstrebt.

Im Wettbewerb

Dieser Narrativ muss den Wettbewerb mit dem sozialdemokratischen und dem rechtspopulistischen Narrativ aufnehmen. Der linke Narrativ stellt bekanntlich die Umverteilung in den Mittelpunkt: Allen wird es gut gehen, wenn jene, die mehr haben, etwas an jene abgeben müssen, die weniger haben. Nicht unähnlich argumentiert der rechte Narrativ, der eigentlich eine Variante des egalitaristischen linken Narrativs ist. Er lautet: Damit es „uns“ besser geht, darf es den „Anderen“ bei uns nicht so gut gehen wie uns. Umso wichtiger ist es, den bürgerlichen Narrativ auf den Punkt zu bringen und zu vertreten: Es geht uns gut, weil wir uns mutig verändern.

Ein neuer Weg

Gerade die Volkspartei hat als traditionelle Integrationspartei gute Voraussetzungen dafür, eine mutige Veränderungspartei zu sein. Basis dafür ist die Fähigkeit, die unterschiedlichsten Interessen und Anliegen unter einem Dach versammeln und daraus zukunfts-

fähige Konsens-Lösungen entwickeln zu können. Der Weg zur erfolgreichen Veränderungspartei führt somit zwangsläufig über den Weg (zurück) zur erfolgreichen Integrationspartei. Die Volkspartei hat diesen Weg mit ihrem Evolutionsprozess, einem neuen Programm und einem neuen Parteistatut jedenfalls eingeschlagen.

Skepsis bringt uns weiter

Für eine mutige Veränderungspartei ist aber noch ein weiterer Aspekt entscheidend: der Anspruch und die Praxis, vernünftige Politik zu betreiben. Soll heißen: Nicht jedes ideologische Hirngespinnst muss gleich auf Kosten der Steuerzahler umgesetzt werden. Man muss in der öffentlichen Debatte vermehrt die richtigen, vernünftigen Fragen stellen. Zum Beispiel: Warum stecken wir so viel Geld ins Bildungssystem und in Schulversuche, ohne dass es entsprechenden Output gibt? Warum sind wir bei der Umverteilung in Europa ganz vorne, bringen aber bei der nachhaltigen Armutsbekämpfung wenig weiter? Skepsis und kritisches Hinterfragen gehören zu mutiger Politik dazu.

Rahmen für mutige Politik

Politischer Mut braucht immer einen klaren, verlässlichen Rahmen. Einer scheinbar „mutigen“ Partei, die einem nicht genau sagen kann, wohin die Reise gehen soll, wird weniger Reformkompetenz zugesprochen als einer Partei, die ein solches Konzept hat.

Die Volkspartei ist in der glücklichen Lage, ein in jeder Hinsicht zukunftsfähiges Wirtschafts- und Sozialmodell zu haben: die Ökosoziale Marktwirtschaft. Gerade nach der Finanz- und Wirtschaftskrise und ihren Verwerfungen gibt es zu Recht den Ruf nach einem zukunftsorientierten Ordnungsmodell. Die Ökosoziale Marktwirtschaft hat die richtigen Antworten. Ein Höchstmaß an individueller Freiheit und wirtschaftlicher Leistungskraft ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Solidarität und eine nachhaltige Entwicklung. Wirtschaftliche Freiheit und Leistungskraft sind kein Selbstzweck, sondern die unverzichtbare Basis für soziale

Sicherheit und Nachhaltigkeit. Das ist der Kern der Ökosozialen Marktwirtschaft, aus der sich konkrete Politik und notwendige Veränderungen klar ableiten lassen.

Rechtzeitig und richtig reagieren

Politischer Mut braucht eine weitere verlässliche Basis: Zukunftskompetenz. Politik muss wissen, was ist. Und das nicht erst im Nachhinein. Da ist (fast) jeder klüger. Es ist eine entscheidende Frage für unser Gemeinwesen, dass wir große, wirkmächtige gesellschaftliche Veränderungen rechtzeitig erkennen und darauf auch richtig reagieren. Das ist die Grundlage für eine neue Kultur der Rechtzeitigkeit. Daran hat es in den vergangenen Jahrzehnten oft gefehlt. Wenn man jedoch Probleme immer nur vor sich her schiebt, werden sie immer vor allem eines: immer größer. Damit wächst auch das notwendige Maß an politischem Mut zur Lösung dieser Probleme – ein Teufelskreis, den es zu durchbrechen gilt.

Die demografische Entwicklung ist beispielsweise schon lange bekannt. Notwendige Pensionsreformen wurden trotzdem aufgeschoben bzw. eine einmal erfolgte Reform wurde wieder verwässert. Das kostet uns alle Zukunft. Umso wichtiger ist es, dass das Pensionsalter schneller als die Lebenserwartung steigt. Der Pensionsbereich ist nur ein Beispiel, wo wir schon lange wissen, dass es so wie bisher nicht weitergeht – und dass wir mutig reformieren müssen, weil das System sonst nicht finanzierbar ist.

Politik ist keine Wunscherfüllungsmaschine

Knackpunkt und unverzichtbare Voraussetzung für mutige Veränderung ist eine neue Kultur der Ehrlichkeit. Natürlich: Die Politik hat Angst vor unangenehmen Wahrheiten. Denn die nächsten Wahlen kommen bestimmt – und dann wird abgestraft, wer Unangenehmes angepackt hat oder anpacken will.

Das Problem dahinter muss gelöst werden: Politik hat sich in maßloser Selbstüberschätzung zur Wunscherfüllungsmaschine hoch-

stilisiert. Die Erwartungshaltungen an das, was Politik vermag, wurden auf Grundlage der intensiv gepflegten Staatsgläubigkeit über Jahre und Jahrzehnte in die Höhe geschraubt. Wir leben in einer Anspruchsdemokratie, in der Milch und Honig vom Staat kommen sollen.

Transparenz wirkt

Ein wichtiges Instrument für mehr Ehrlichkeit in öffentlichen Belangen ist Transparenz. Alle Bestrebungen, politisches und staatliches Handeln transparenter zu machen, sind daher vorbehaltlos zu unterstützen. Ein Beispiel dafür ist das oft boykottierte Projekt der Transparenzdatenbank: Sie soll Leistungen und Gegenleistungen deutlich machen, sie sollte aber auch aufzeigen, wie der Staat steuert – und wohin dies führt. Dies betrifft alle Formen von staatlichen Leistungen, auch Förderungen und Subventionen.

Es geht darum, staatliche Anreizsysteme auf den Prüfstand zu stellen: Nicht nur, um herauszufinden, ob das, was getan wird, richtig getan wird, sondern ob überhaupt das Richtige getan wird. In einer riesigen Umverteilungsmaschine, in der niemand mehr die Übersicht hat, blüht Politik auf, die laufend neue Wohltaten erfindet und gleichzeitig notwendige Reformen verhindert. Damit muss Schluss sein.

Runter mit den Erwartungen

Transparenz ist auch die Voraussetzung dafür, die hochgeschraubten Erwartungen an Politik wieder zu reduzieren. Lange Zeit wurde – und wird leider noch – in Österreich die Mär verbreitet, Staat und Politik könnten Arbeitsplätze schaffen. Das können nur Unternehmen. Aber Staat und Politik können durch wirtschaftsfeindliches Verhalten Arbeitsplätze vernichten.

Tatsache ist, dass der Handlungsspielraum nationalstaatlicher Politik durch den Europäischen Prozess der Integration geschrumpft ist – wofür auch gute Gründe sprechen. Gemeinsam erreichen wir

als Europa in der Welt mehr als allein. Viele Politiker erwecken aber nach wie vor den Eindruck nationalstaatlicher Allmacht. Und ein Gutteil der Bürgerinnen und Bürger lebt auch in diesem Glauben. Die Realität ist aber schon lange eine andere.

Weniger ist mehr: Diese Devise gilt auch für die Erwartungshaltungen, die wir der Politik entgegenbringen sollten. Die Politik muss sich auf weniger Handlungsfelder als bisher konzentrieren. Dort kann und soll sie aber viel mutiger agieren als bisher.

Fitness für die Zukunft

Mutige Politik sagt eines offen: Veränderungen, Umwälzungen und eine Welt in andauernder Bewegung sind nicht abwendbar. Sie sind Teil des Lebens. Politik soll einen Rahmen schaffen, der es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, positiv mit diesen Dynamiken umzugehen, Zukunft zu gestalten und nicht gestaltet zu werden. Politik darf deshalb nicht länger versuchen, die Menschen abhängig zu machen, sondern soll sie unterstützen, selbstständig und mutig zu sein. Eine mutige Politik gibt Macht an den Einzelnen ab, damit Freiheit, Verantwortung und Leistung wieder etwas wert sind.



Mut in der Bildung

Das ist für grün-rote Verhältnisse wirklich mutig: Das deutsche Bundesland Baden-Württemberg wird – unter grün-roter Führung – ab dem Schuljahr 2016/2017 an allen allgemeinbildenden Schulen das neue Schulfach „Wirtschaft Berufs- und Studienorientierung“ einführen. Die Qualifikation der Schülerinnen und Schüler soll im Hinblick auf Berufsorientierung, Studienwahl und ökonomische Grundbildung verbessert werden. Praktiker aus dem beruflichen Alltag sollen in den Klassen referieren. Eine bessere Investition in die langfristige Wirtschaftsstärke eines Standortes gibt es wahrscheinlich nicht. Schwäbisches Denken („Wir können alles außer Hochdeutsch“) überwindet offenbar alle Parteigrenzen.

Eingestehen, was falsch läuft

Dieses Beispiel zeigt: Bei der Weiterentwicklung unseres Bildungssystems braucht es durchaus Mut, um über politische Schatten aus der Vergangenheit hinwegzuspringen. Es braucht zunächst den Mut, offen einzugestehen, was im Bildungssystem falsch läuft. Die Zahlen sprechen leider eine klare Sprache: Österreich gibt 9.131 Euro pro Kopf von der Volksschule bis zur Hochschule aus. Der OECD-Durchschnitt liegt kaufkraftbereinigt bei 6.476 Euro. Der EU-Durchschnitt beträgt 6.077 Euro.

Doch jeder fünfte 15-Jährige kann nicht sinnerfassend lesen. Ein vergleichbares Bild zeigt sich in Mathematik. Jährlich verlassen Tausende die Schule ohne Pflichtschulabschluss. Wir lassen eine immer größer werdende Gruppe ohne grundlegende Bildung entstehen. Zahlen und Fakten zeigen, dass wir mit der Ressource Bildung in Österreich offenbar nicht sorgsam und nicht zielgerichtet genug umgehen.

Erfolg braucht Bildung

Das dürfen wir uns nicht länger leisten. Der globale Trend zur Wissensgesellschaft macht Wissen zur entscheidenden Produktivkraft, die alle Bereiche unserer Gesellschaft und Wirtschaft durchzieht. Die Industrie 4.0 ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür. Der Erfolg unserer Gesellschaft und jedes Einzelnen hängt davon ab, wie wir mit Bildung und Wissen umgehen – und dies bestmöglich für Wohlstand und Arbeit einsetzen. Die Bedeutung lebenslangen Lernens für individuellen und beruflichen Erfolg und gesellschaftliche Integration muss zum common sense werden.

Evolution des Bildungssystems

Mit Blick auf das österreichische Bildungssystem lohnt der differenzierte Blick: Vieles im System ist gut, aber noch lange nicht gut genug. Wir haben viele ausgezeichnete Pädagoginnen und Pädagogen – aber wir müssen sicherstellen, dass für alle Kinder der bildungspolitische Lift nach oben fährt.

Unser Bildungssystem wird nicht wettbewerbs- und zukunftsfähig sein, wenn wir uns nicht vernünftig und evidenzbasiert mit seinen grundlegenden Herausforderungen auseinandersetzen. Diese sind nicht im Türschild einer Schule zu finden. Es geht um eine Qualitätsoffensive, in deren Mittelpunkt die Kinder und Jugendlichen stehen. Wir haben uns zu lange mit Steinzeit-Debatten über schulische Organisationsformen aufgehalten und dabei viel Zeit verloren.

Was wir jetzt brauchen, ist keine Revolution, sondern eine Evolution des Bildungssystems: Sie ist wie der Umbau eines Hauses, währenddessen die Bewohner im Haus wohnen. Es geht darum, konsequent die richtigen Schritte zu setzen. Das braucht bildungspolitischen Mut.

Beste Lehrerinnen und Lehrer

Etwa, wenn es darum geht, den Lehrerberuf als zentralen Erfolgsfaktor für ein erfolgreiches Bildungssystem zu begreifen. Internationale Studien und wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen uns, dass in den besten Bildungssystemen konsequent die richtigen Menschen für den Lehrerberuf gewonnen und ausgewählt werden. Und, dass diese Menschen in der Folge ein Leben lang ständig in ihren Fähigkeiten weiterentwickelt werden, um sie zu bestmöglichen Lehrerinnen und Lehrern zu machen.

In den besten Schulsystemen gehören die Lehrer zu den zehn Prozent der Besten ihres Faches an der Universität. Es wird der Lehrerberuf von Studenten als eine der drei attraktivsten Karrieremöglichkeiten gesehen und es wird nur einer von zehn Bewerbern für das Lehramt tatsächlich aufgenommen. In diesen Schulsystemen werden bis zu 20 Wochen im Jahr in das Coaching neuer Lehrerinnen und Lehrer investiert, dienen zehn Prozent der Gesamtarbeitszeit des Lehrpersonals der professionellen Fortbildung, besuchen sich die Pädagoginnen und Pädagogen wechselseitig in den Klassen, um sich Feedback über ihren Unterricht zu holen und es werden im Durchschnitt 50 Dollar pro Schülerin und Schüler in die Forschung zur Verbesserung des Unterrichts investiert. Dies klingt nach einem durch und durch vernünftigen Ansatz, der nur ein wenig Mut erfordert, um konzipiert, präsentiert und umgesetzt zu werden.

Zukunftsfähiger Fächerkanon

Ebenso, wenn wir den historischen Fächerkanon weiterentwickeln wollen. Angesichts des raschen technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels sollte unser Bildungssystem verstärkt Kompetenzen in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik sowie wirtschaftliche Kompetenzen vermitteln – und natürlich auch die Bildungs- und Berufswegorientierung besser berücksichtigen. Baden-Württemberg zeigt dies, wie eingangs erwähnt, vor.

Bildungspolitische Grundlagen schaffen

In der bildungspolitischen Debatte muss eine grundlegende Öffnung stattfinden. Die bisherige ideologische Engführung geht an den eigentlichen Herausforderungen vorbei. Wir brauchen zuerst einen modernen Bildungsbegriff, der die Bedeutung von Bildung für persönliche Entwicklung, Weltbild und Wertesystem in den Mittelpunkt stellt. Wir brauchen einen Bildungsbegriff, der die unterschiedlichen Anforderungen an Bildung aus individueller, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Sicht formuliert. Wir brauchen aber auch einen Bildungsbegriff, dessen großes gesellschaftspolitisches Anliegen die Chancengerechtigkeit ist.

Wettbewerb nach oben

Unsere Ziele müssen die bestmögliche Nutzung von Ressourcen, das kluge Fordern und Fördern aller jungen Menschen und der Wettbewerb nach oben statt Nivellierung nach unten sein. Das alles erfordert eine vielfältige Bildungslandschaft in Österreich, die von öffentlichen und privaten Einrichtungen gestaltet wird. Sie muss der Vielfalt der Neigungen und Interessen, aber auch der Vielfalt der Anforderungen entsprechen, die wir an Bildung stellen.

Basics sichern

Wichtig ist: Wir müssen all diese Anforderungen integriert sehen. Das gilt schon für die kindliche Frühförderung und den Kindergarten. Er muss die erste Bildungseinrichtung sein. Dabei geht es nicht nur um die Vorbereitung auf die schulischen Anforderungen. Es geht um Sprach- und Grundkenntnisse, es geht um die Vermittlung von Regeln für das Zusammenleben. Sprachkenntnisse sind der Schlüssel für den weiteren Bildungs- und Gesellschaftsweg. Sprachstandsfeststellungen sollen aufzeigen, wo gezielter Förderbedarf besteht. Eltern, die Fördermaßnahmen ablehnen, verhindern Chancengerechtigkeit für ihre Kinder. Das darf nicht sanktionslos hingenommen werden. Hier kann und soll der Staat ordnungspolitisch eingreifen.

Bildungsziele erreichen

Bei der Stärkung der Volksschule muss der Fokus auf den Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen liegen. Die Übergänge zwischen Kindergarten und Volksschule und zwischen Volksschule und Sekundarstufe I müssen sanfter gestaltet werden. Wir müssen auch dafür sorgen, dass die Zahl der Schulabbrecher weiter sinkt. Entscheidend ist nicht, dass die Schülerinnen und Schüler neun Jahre abgesehen haben, sondern dass sie ihre Bildungsziele bestmöglich erreicht haben. Im Idealfall möglichst individualisiert. Das Ergebnis macht den Unterschied, auch in der Schule.

Ergebnisse müssen stimmen

Neu buchstabieren müssen wir auch die Vermittlung von schulischen Inhalten. Im Zeitalter der digitalen Medien muss neu konzipiert werden, wie Inhalte vermittelt werden. Schulen sollen deutlich mehr Autonomie haben, damit sie auf Gegebenheiten vor Ort besser reagieren und Schwerpunkte setzen können. Das braucht personelle und pädagogische Autonomie sowie die Stärkung der Schulleitung. Schulen sollen Bildungsziele autonom umsetzen können – wie, das ist ihre Sache.

Vor diesem Hintergrund lassen sich konkrete, mutige bildungspolitische Reformen umsetzen: von echter Schulautonomie über die Aufhebung der Schulsprengel bis zum kreativen und gesunden Wettbewerb unter den Schulen.

Antworten sind gefragt

Für die Ressource Bildung ist ein starker, international sichtbarer Wissenschafts- und Forschungsstandort Österreich unverzichtbar. Die Fähigkeiten der Universitäten, neue Antworten auf komplexe gesellschaftliche Herausforderungen und Problemstellungen zu geben, sind wichtiger denn je. Die Universitäten haben enorme Potenziale, die wir besser nutzen müssen. Da braucht es auch den Mut zum Vergleich: Ein Forschungsprojekt der Kauffman Founda-

tion hat gezeigt, dass die Absolventen des 150 Jahre alten Massachusetts Institute of Technology (MIT) mit durchschnittlich 10.000 Studierenden und 1.000 Wissenschaftern derzeit rund 26.000 Unternehmensgründungen und Start-ups hervorgebracht haben. Diese aktiven Betriebe stehen für 3,3 Millionen Arbeitsplätze und einen globalen Umsatz von rund 2 Billionen Dollar. Das würde der Wirtschaftsleistung der elftgrößten Volkswirtschaft entsprechen. Unsere Universitäten am Standort Wien haben rund 165.000 Studierende und verfügen über ca. 13.000 Wissenschaftler. Über ihre Ausgründungserfolge wissen wir wenig. Man wird ja noch fragen dürfen. Wissens- und Technologietransfer, die Kooperation der Einrichtungen untereinander und mit der Wirtschaft sowie ein vielfältiges Programm zur Intensivierung der Spin-off-Tätigkeit sind das Gebot der Stunde.

Überakademisierung?

Mut braucht es, um den auch vom ehemaligen deutschen Bildungsminister Julian Nida-Rümelin kritisierten „Akademisierungswahn“ zu relativieren. Die Überakademisierung der Berufswelt sei der falsche Weg, argumentiert er. Glaube denn irgendjemand ernsthaft, dass, wenn alle studierten, auch für alle in Zukunft Führungsfunktionen in Staat und Wirtschaft bereitstehen würden?

Einen interessanten Turnaround in der Bildungspolitik versucht gerade das langjährige Bildungsmusterland Südkorea. Dort hat man bekanntlich massiv auf die Akademisierung gesetzt. Die Studierendenquote betrug 2014 71 Prozent. Der Wirtschaft fehlen allerdings die Fachkräfte. Deshalb wurden in Südkorea mittlerweile 44 Berufsschulen eingerichtet. Das Land versucht jenes duale Ausbildungssystem zu etablieren, das wir in Österreich, Deutschland und der Schweiz bereits haben – und das viel mehr Wertschätzung und Augenmerk verdient.

Die Akademisierung ist natürlich ein entscheidendes Standbein unserer Zukunftsstrategie, wo wir neue Wege gehen müssen: mit

verpflichtender Qualitätssicherung an den Universitäten, mit dem Studium irregulare als „Normalfall“, mit konsequenter Internationalisierung und Lehrenden aus der Praxis.

Neue duale Perspektiven

Das andere Standbein ist die Weiterentwicklung unseres dualen Systems, das wir viel durchlässiger machen sollten, und dessen Image wir rasch weiterentwickeln müssen. Ein modernes Verständnis eines Lehrlings als Facharbeitskraft in Ausbildung ist ein erster wichtiger Schritt. Es sind die qualifizierten Facharbeitskräfte von morgen, die uns durch den Paradigmenwechsel in der Wirtschaft führen werden.

Daher wäre eine erstklassige berufliche Ausbildung mit tertiärer Weiterentwicklungsmöglichkeit eine Erfolgskombination. Ein möglichst kurzer Weg von der Lehre zum Studium, eine Lehre irregulare, ein modernes Gewerberecht, die laufende Evaluierung der Lehrberufe und ihre Weiterentwicklung, Lehrlingen zu helfen, sich gezielt zu selbstständigen, eigenverantwortlichen und mutigen Menschen zu entwickeln – das alles macht den Unterschied.

Gerade als kleines Land kann sich Österreich im internationalen Wettbewerb nur mit bestens ausgebildeten Fachkräften und überzeugender Innovationskraft durchsetzen. Arbeitsmarkt und Bildungssystem müssen so eng wie möglich miteinander verknüpft werden.

Bildung und unser Lebensmodell

Trotz aller Bedeutung von Bildung und Ausbildung für persönlichen und wirtschaftlichen Erfolg müssen wir Bildung mutig in größeren Zusammenhängen denken und stärken. Es geht um den künftigen Erfolg unseres Lebens- und Gesellschaftsmodells, um Rechtsstaat und Demokratie und deshalb um den Kernwert der Freiheit. Denn hinter unserer bisherigen Erfolgsgeschichte steht letztlich der Wert der Freiheit, von dessen Realisierung oder Nicht-Realisierung vieles

abhängt. Der Erfolg unserer Zivilisationsgeschichte und eine Kultur der Freiheit sind untrennbar miteinander verbunden.

Fortschritt braucht Freiheit

In der Freiheit und Selbstbestimmung des Individuums liegt die hauptsächliche Innovationskraft gesellschaftlichen Fortschritts. „Individuen machen Geschichte, auch gerade mit ihrem Non-konformismus gegenüber der sozialen Tyrannei. Uniformität und Gleichheit bedeuten hingegen Stillstand der historischen Entwicklung. Voraussetzung für die Herausbildung von Individualität und die Praxis eines eigenen Lebensplans ist die Freiheit eines jeden, zwischen verschiedenen Optionen unterscheiden und wählen zu können, sich von anderen zu differenzieren“, bilanziert die Freiheitsforscherin Ulrike Ackermann.

Bildung zur Freiheit

Schätzen wir heute in Österreich die Bedeutung der Freiheit richtig ein? Fordern und fördern wir die notwendige Kultur der Freiheit? Ist unser österreichisches „Betriebssystem“ auf Freiheit programmiert? Leider gehen wir mit der Freiheit höchst fahrlässig um. Wir merken dies an dramatisch hohen Steuer- und Staatsquoten, aber verstärkt auch an gesellschaftlichen Diskussionsverboten, an religiösen Zumutungen und Zwangsvorstellungen sowie an „Scheren im Kopf“.

Wir brauchen in Gesellschaft und Politik ein neues Bewusstsein für den Wert der Freiheit. Wir brauchen Bildung zur Freiheit. Freiheit ist der grundlegende Wert der liberalen Demokratie und unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells der Ökosozialen Marktwirtschaft mit einer vitalen Zivilgesellschaft. Wer in Österreich am Bildungssystem teilgenommen hat, soll das nachvollziehen und vertreten können.

Nur eine Kultur der Freiheit ermöglicht uns die Offenheit für das Neue und die Entfesselung des kreativen Potenzials in unserer

Gesellschaft, unsere gemeinsame Innovationskraft, auf die es für Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit mehr denn je ankommt.



Mut in der Wirtschaft

Wir sind felsenfest davon überzeugt: Österreich braucht mehr Verrückte. Dies natürlich nur im Sinn des deutschen Beraters Wolfgang Zimmermann. In seinem Buch „Unternehmer sind Verrückte. Wie Unternehmer Grenzen überwinden und was Manager von ihnen lernen können“ unternimmt er eine kluge Auseinandersetzung mit Wert und Werten des Unternehmertums.

Mit Unsicherheit und Risiko umgehen

Gerade in Zeiten wachsender Unsicherheit und Unübersichtlichkeit eröffnet das Unternehmertum mit „einer anderen Denk- und Handlungsweise im Umgang mit Unsicherheit und Risiko“ wichtige Perspektiven, argumentiert Zimmermann. Es lohne sich daher, dem Unternehmertum in seinen verschiedenen Ausprägungen wieder mehr Aufmerksamkeit zu widmen, denn: „Unternehmertum spiegelt eine eigene Wirtschafts- und Lebensform wider, von der Impulse auf die gesamte Gesellschaft ausgehen.“ Manager verteidigen Marktanteile und Besitzstände. Unternehmer verschieben und verrücken Grenzen, um die Verhältnisse in ihrem Sinn ändern zu können. Das Wesen unternehmerischen Handelns sei es, anders zu sein, weil man die Lage anders beurteile.

Werte und Sinnstiftung

Entscheidend für den Unternehmer sind auch seine Grundüberzeugungen und die Verlässlichkeit seiner Werte. Zimmermann arbeitet dabei die Kulturmerkmale „Der Kunde geht vor“, „Person geht vor Organisation“, „Kultur der Einzigartigkeit“, „sparsame Kommunikation“, „Sparsamkeit nach Hausfrauenart“ und „solide

Eigenkapitalausstattung“ heraus – mit allen Vor- und Nachteilen, die damit verbunden sind.

Unternehmer sind genauso Sinnstifter: „Anders als die börsennotierte Kapitalgesellschaft muss der Unternehmer nicht vierteljährlich seinen Gewinn ausweisen. Er kann langfristige Ziele verfolgen (...) Alles das schafft den Nährboden, auf dem Sinn gedeiht. Unternehmer beantworten kraftvoll die Frage nach dem Warum, und zwar nicht nur für sich, sondern auch für die Mitarbeiter, Kunden und oft auch für die Gesellschaft.“

Unternehmerisches Österreich

Diese pointierten Ausführungen zu Wert und Werten des Unternehmertums zeigen, wie wichtig Mut im Wirtschaftsleben und damit für unser gesamtes Gesellschaftssystem ist. Dabei geht es nicht darum, dass sich alle Erwerbstätigen in Österreich selbstständig machen sollten – wenngleich der Selbstständigkeits-Anteil in Österreich noch Luft nach oben hat.

Es geht um ein unternehmerisches Mindset, um mehr unternehmerisches Denken und Handeln in allen Lebensbereichen. Eine solche „Unternehmergesellschaft“ ist mutiger, zukunftsorientierter, aktiver. Ganz im Vergleich zur Sozialstaatsgesellschaft, die Matthias Horx in seinem Buch „Wie wir leben werden“ so charakterisiert hat: „Wenn es dir schlecht geht, musst du gar nichts tun. Du kannst dich vor den Fernseher setzen und beruhigt abwarten, bis die Konjunktur wieder anspringt und wieder ein ‚Arbeitsplatz‘ zur Verfügung steht.“ Das funktioniert heute nicht mehr.

Eine neue Gründerzeit für Österreich

Mehr Mut in der Wirtschaft zu fördern und zu fordern, das sehen wir als großes Anliegen des wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Projektes einer neuen Gründerzeit für Österreich. Wir brauchen eine solche neue Gründerzeit. Eine Zeit neuer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Dynamik. Eine Phase der Innovation

und Weiterentwicklung. Ein Klima, in dem die Zukunft wieder spannend wird.

Nur so werden wir die großen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen können, wie die demografisch alternde Gesellschaft, das „japanische Szenario“ der wirtschaftlichen Seitwärtsentwicklung oder eines „Nullwachstums“, das Erstarren von Institutionen oder die zunehmende Angst vor Statusverlust und vor der Zukunft.

Wir sind der festen Überzeugung: Nur mit einer neuen Gründerzeit werden wir die österreichische Erfolgsgeschichte weiterschreiben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf Dauer sichern können.

Mangelnde Balance

Wachstum und Sozialleistungen sind nicht in nachhaltiger Balance. Unsere Sozialquote hat sich seit 1955 von 16,7 Prozent auf knapp 30 Prozent des BIP fast verdoppelt. Unser Wirtschaftswachstum hat sich im selben Zeitraum ständig verringert. Das reale Potenzialwachstum liegt nur mehr bei knapp über einem Prozent pro Jahr. Nur neue Unternehmen bringen auch in fordernden Zeiten neues Wachstum und neue Jobs. Wer in Österreich neue Arbeitsplätze will, darf nicht das freie Unternehmertum verteufeln oder diskreditieren.

Neue Gründungen, neue Arbeit

Eine Analyse des Ökonomen Gottfried Haber zeigt: Simuliert man die Wachstums- und Folgeeffekte der Unternehmensgründungen des Jahres 2013 über die nächsten zehn Jahre hinweg, so ergibt sich ein stetiger Wachstumspfad sowohl bei der Beschäftigung als auch bei der Wertschöpfung. So würden die 2013 gegründeten Unternehmen beispielsweise im Jahr 2024 eine gesamte Wertschöpfung in der Höhe von 9,9 Milliarden Euro und einen Beschäftigungseffekt von insgesamt 294.000 Arbeitsplätzen erzielen.

Weil in Summe in der Gesamtwirtschaft sieben Arbeitsplätze mit einem durchschnittlichen neu gegründeten Unternehmen verbunden sind, hängen insgesamt 196.598 Arbeitsplätze des Jahres 2014 an den Gründern des Jahres 2013. Beeindruckend an Österreichs jungen Unternehmen ist auch ihr nachhaltiger Erfolg: Knapp 70 Prozent der Gründungen sind nach fünf Jahren immer noch erfolgreich am Markt tätig.

Ungenutztes Potenzial

Haber zeigt in seiner Studie auch auf, wie wichtig es für Österreich ist, die Attraktivität des Jungunternehmertums zu verbessern. Würde es gelingen, die gesamte Gründungsaktivität um nur zwei Prozent zu steigern, würde Österreich noch stärker von jungen Unternehmen profitieren. Über die gesamte Periode 2014–2024 käme es nämlich zu einer Mehrbeschäftigung von etwa 294.000 Personenjahren. Die zusätzliche Wertschöpfung über die nächsten zehn Jahre würde im Jahr 2024 sogar rund 14 Milliarden Euro betragen. Maßnahmen zur Erhöhung nachhaltiger Gründungen, z. B. im Bereich der Verfügbarkeit von Gründungskapital, können somit einen langfristigen und wesentlichen Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung der österreichischen Volkswirtschaft leisten.

Freie Bahn für mutige Gründer

Wir sind auf eine neue Gründerzeit in der Wirtschaft angewiesen. Mutige Unternehmer brauchen freie Bahn, nicht feige Unterlasser. Jungunternehmer und Start-ups bergen ein riesiges Potenzial für Wachstum, Innovation und Beschäftigung. Dafür müssen wir die bestehenden Hürden beseitigen, allen voran die Bürokratie.

Eine market-Studie zeigt: Über die Hälfte der Jungunternehmer (54 Prozent) stuft Österreich als sehr bürokratisch ein. Nur ein Prozent findet, dass dies nicht der Fall sei. Als besonders schlimm werden die Bereiche externer Evaluierungen und Überprüfung – beispielsweise durch das Arbeitsinspektorat, die AGES und andere – wahrgenommen. 84 Prozent der Jungunternehmer erleben bü-

rokratische Hürden. Auch bei der Lohnverrechnung, bei den Genehmigungen zur Erweiterung von Produktions- und Arbeitsstätten sowie beim Einstellen von Mitarbeitern sind Jungunternehmer mit übermäßiger Bürokratie konfrontiert.

Unter der bürokratischen Last leidet die unternehmerische Tätigkeit massiv. Im Durchschnitt werden 8,35 Stunden in der Woche mit Bürokratie verbracht – ein ganzer Arbeitstag. Kein Wunder also, dass sich über drei Viertel der in der Studie befragten Jungunternehmer durch die Bürokratie oft oder manchmal von ihrer Haupttätigkeit abgehalten fühlen.

Der Bürokratieabbau spielt daher für eine neue Gründerzeit in der Wirtschaft eine Schlüsselrolle. Das Prinzip, dass für jedes neue Gesetz ein altes aufgehoben wird (one in – one out), ist für die Gründerzeit zu wenig: one in – five out wäre die bessere Relation. Sunset-Legislation ist ein Gebot der Stunde. Sie bringt eine automatische Auslaufklausel für alle Gesetze, die eine zwingende Evaluierung von beschlossenen Maßnahmen und ihrer bürokratischen Folgeeffekte bedingen würde.

Moderner Rahmen

Notwendig ist mit Blick auf gesetzliche Aktivitäten ein Gründerverträglichkeits-Check: Alle gesetzlichen Maßnahmen und Verwaltungsaktivitäten sollen überprüft werden, ob sie Start-ups ver- oder behindern. Alle Barrieren, welche die neue Gründerzeit in der Wirtschaft behindern, sollen aus dem Weg geräumt werden. Deshalb sind auch eine Reform des Arbeitsrechts, eine Flexibilisierung der Arbeitszeit und weniger Reglementierungen beim Gewerberecht notwendig. Die Sozialpartnerschaft wäre auf Basis der positiven Erfahrungen der Vergangenheit dort zu stärken, wo sie Unternehmern und Mitarbeitern am meisten bringt: auf der betrieblichen Ebene.

Ebenso notwendig ist eine Verbesserung der Finanzierungssituation von jungen Unternehmen. Wir brauchen nicht nur neue Wege

in der Mittelaufbringung gerade bei der Startfinanzierung, seien es Crowdfunding oder alternative Risikokapitalfinanzierungen. Ganz dringend benötigen wir steuerliche Anreize, wie einen Beteiligungsfreibetrag, um privates und institutionelles Kapital für Wachstumsinvestitionen zu aktivieren. Für eine neue Gründerzeit brauchen wir Kanäle und Instrumente abseits und in guter Ergänzung zur in Österreich traditionell starken Bankenfinanzierung. Wir haben die ersten Schritte gesetzt, aber weitere müssen folgen.

Kultur des Scheiterns

Natürlich gehört zu einer neuen Gründerzeit auch eine neue Kultur des Scheiterns. Damit haben wir in Österreich noch große Probleme. Der IT-Unternehmer Damian Izdebski hat in seinem Buch „Meine besten Fehler“ einprägsam beschrieben, wie unternehmerisches Scheitern sogar in soziale Ausgrenzung münden kann. Das muss sich ändern. Unternehmerisches Scheitern gehört zu einer mutigen, erfolgreichen Wirtschaftskultur dazu. US-Botschafterin in Österreich Alexa Wesner, selbst Unternehmerin, hat bei einer Veranstaltung mit einem einfachen Beispiel überzeugend erklärt, warum Scheitern auch ein Gewinn ist: Wenn sie zwei Marketing-Experten zur Wahl haben, entscheiden sie sich für jenen, der schon einmal gescheitert ist. Denn wer gescheitert ist, weiß, wie es besser geht. Mehr Mut in der Wirtschaft und eine zeitgemäße Kultur des Scheiterns gehen Hand in Hand.

Mut leben

Gründer, Start-ups und Jungunternehmer aller Altersstufen sind die Pioniere einer neuen Gründerzeit, die wir für Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit im Land existenziell brauchen. Träger einer neuen Gründerzeit sind aber letztlich alle, die unternehmerisch denken und handeln. Sie repräsentieren die Werte, auf die es für unsere Zukunft mehr denn je ankommt: Leistung, Fleiß, Veränderungsbereitschaft und vor allem: Mut.



Mut in der Gesellschaft

Sich wieder mehr in die Dinge einmischen, die einen als Bürgerin und Bürger angehen: Das ist, grob verkürzt, das Anliegen des Konzepts der Bürger- oder Zivilgesellschaft. Die Bürgergesellschafts-Idee hat in den vergangenen Jahren unterschiedliche, oft nur rhetorische Konjunkturen erlebt. Es ist Zeit, die Bürgergesellschaft zum Blühen zu bringen.

Wir delegieren immer mehr Anliegen an ein politisches System, das – mangels finanzieller Spielräume und machtpolitischer Querelen – immer handlungsunfähiger geworden ist. Damit unterminieren wir aber zugleich unsere Verantwortung und unser Potenzial, selbst Dinge in die richtige Richtung zu verändern. Womit sich noch weniger bewegt. Es ist hoch an der Zeit, dieser Selbstblockade im St.-Floriani-Modus ein Ende zu setzen.

Partizipation fördert Veränderungsbereitschaft

Der Schlüssel dafür ist mehr Mut zur Partizipation. Das gilt für das politische System wie für die Bürgerinnen und Bürger selbst. Partizipation fördert den Mut der Gesellschaft zu Veränderung und Weiterentwicklung. Wer eingebunden wird, übernimmt Verantwortung. Wer Verantwortung wahrnimmt, realisiert auch besser Veränderungs- und Reformbedarf – und setzt sich dafür ein, dass sich die Dinge in die richtige Entwicklung bewegen bzw. entwickeln.

Schnittstellen nutzen

Es gibt in Österreich viele Schnittstellen für mehr Partizipation, die wir derzeit ungenutzt lassen: Wir lassen die Steuerzahler z. B. nicht mitreden, wenn es um die Verwendung ihres hart erarbeiteten

Steuergeldes geht. Sie könnten via FinanzOnline die Möglichkeit haben, Prioritäten für die Verwendung ihres Geldes vorzuschlagen. Das ist nur ein Beispiel für eine neue Partizipationskultur.

Sparsame Bürger

Die große Herausforderung liegt darin, wie wir das repräsentative demokratische System partizipativer ausgestalten können. Die Idee der Selbstregierung hat mit der Demokratisierungswelle im späten 20. Jahrhundert wieder einen Aufschwung erfahren, konstatieren Daniel Bochsler und Hanspeter Kriesi in „Herausforderung Demokratie“. Sie machen darauf aufmerksam, dass mehr Partizipation und Verantwortung auch finanzielle Ansprüche beeinflusst. Dies zeigt das Beispiel Schweiz sehr klar: „Dort, wo öffentlich Finanzfragen in Referenden entschieden werden können, sind die Staatsausgaben auch niedriger als in rein repräsentativen Systemen. Soweit sie darüber mitbestimmen können, gehen Bürgerinnen und Bürger mit ihrem eigenen Steuergeld offensichtlich sparsamer um als ihre gewählten Repräsentanten. Regionen (Kantone) mit einer starken direktdemokratischen Beteiligung haben auch eine geringere öffentliche Verschuldung, eine höhere Steuermoral und bessere öffentliche Dienstleistungen“, so die Autoren. Dieser Befund zeigt, dass ein enger Zusammenhang zwischen Partizipation, Verantwortung und gesellschaftlichem Mut zu richtiger Veränderung besteht.

Offen für Innovation

Ein weiterer Aspekt einer mutigen, zukunftsorientierten Gesellschaft ist ihre Innovationsorientierung. Gerade in Zusammenhang mit der demografischen Alterung wird oft die Befürchtung geäußert, eine demografisch alte Gesellschaft sei in noch geringerem Ausmaß zu Innovationen in der Lage. Umso wichtiger ist es, eine breite gesellschaftliche Innovationskultur zu stimulieren.

Dabei ist der Open-Innovation-Ansatz ein wichtiges neues Paradigma. Große Innovationen entstehen in unserer global vernetz-

ten Welt nicht mehr im tiefen Innersten einer Organisation oder in „Hinterzimmern“. Sie entstehen an Schnittstellen unterschiedlicher Sektoren und in Netzwerken. Sie entstehen im Zusammenspiel unterschiedlicher Wissens- und Ideengeber. Das sind nicht nur Unternehmen und Forschungseinrichtungen, sondern auch Kunden, User, Social Entrepreneurs, Start-ups, Zivilgesellschaft und NGOs.

Innovationsforscher gehen davon aus, dass das größte Innovationspotenzial der Zukunft in sozialen Innovationen liegt. Wir müssen uns als Gesellschaft darum bemühen, diese Innovationspotenziale zu nützen. Eine offene Innovationskultur zur breiten Einbindung braucht natürlich entsprechende Rahmenbedingungen und Anreize, wie echte Vorbilder, mehr Fehlertoleranz, finanzielle Infrastruktur, moderne rechtliche Rahmenbedingungen – und vor allem ein umfassendes Verständnis von Innovation und Innovationssystemen. Innovation ist eben keine technische, sondern eine soziokulturelle Frage. Und damit eine Frage des Muts.

Neue Akteure fördern

Mut ist auch dann gefragt, wenn es um die Rahmenbedingungen für individuelles oder bürgergesellschaftliches Engagement geht. Der Mut von Philanthropen oder Bürgerinnen und Bürgern, sich für ein bestimmtes Anliegen zu engagieren, verdient keine Hürden, sondern zukunftsorientierte Rahmenbedingungen. Das zahlt sich für die ganze Gesellschaft aus. In vielen Ländern spielen gemeinnützige Stiftungen eine zentrale zivilgesellschaftliche Rolle – in Österreich war das bisher nicht der Fall. Nach einer Studie der WU von Michael Meyer, Reinhard Millner und Hanna Schneider liegen die gemeinnützigen Ausgaben von Stiftungen in Österreich derzeit bei ca. 2 Euro pro Einwohner und Jahr. In der Schweiz sind dies 109 Euro, in Deutschland gar 183 Euro. Während die Ausschüttungen gemeinnütziger Stiftungen in der Schweiz pro Jahr insgesamt rund 1,2 Milliarden Euro und in Deutschland 15 Milliarden Euro betragen, investieren Stiftungen in Österreich nur 20 bis 25 Millionen Euro pro Jahr in den gemeinnützigen Sektor.

Österreichs „Gemeinnützigkeitspaket“ sollte durch die steuerliche Begünstigung gemeinnütziger Stiftungen die mittel- bis langfristige Trendwende bringen.

Damit wird das laut einer Studie des Kompetenzzentrums für Nonprofit-Organisationen und Social Entrepreneurship der WU im Vergleich zu Schweden, der Schweiz und Deutschland zweifellos „sehr restriktive Gemeinnützigkeitsregime“ reformiert und dem internationalen Standard angepasst. Dahinter steht auch die Einsicht, dass zur mutigen Lösung von Herausforderungen und Problemen nicht immer nur der Staat die erste Adresse sein kann. Der freie Wettbewerb der besten Ideen und des individuellen Engagements fordert und fördert den Mut für neue, bessere Lösungen in vielen gesellschaftlichen Handlungsfeldern.

Kultur verändert

Eine besondere Rolle für mehr gesellschaftlichen Mut zur Veränderung spielt die Kultur. Sie hat eben nichts mit Behübschung und Dekoration zu tun, sondern trifft den Kern unserer Entwicklung. Ein Kulturverständnis, das Kultur als individuellen Veränderungswillen versteht, der sich mit anderen verbindet, um Lösungen, Wege, Ansichten zu erproben, zu verknüpfen und zu verwerfen, hat für eine moderne Gesellschaft höchste Relevanz. Kultur fördert unsere Kompetenz zur Veränderung. Sie ermuntert uns zum Ausprobieren neuer Wege. Sie macht uns offen für das Neue – und für das Innovative. Damit macht sie uns mutig. Zwischen einer Kultur- und einer Unternehmergeinschaft gibt es wahrscheinlich mehr Übereinstimmungen, als das Vertreter beider Bereiche wahrhaben wollen. Die Förderung von Kunst und Kultur ist deshalb in jeder Hinsicht eine Frage des Mutes.

Alarmismus und Medien

Integraler Bestandteil unserer Kultur sind Medien. Sie spielen für das Mut-Niveau unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle. Wir leben als moderne, demokratische Gesellschaft vom konstruktiv-kri-

tischen Diskurs – und davon, dass Politik und Gesellschaft etwas zugetraut wird. Ist das nicht der Fall, dann droht eine demokratiepolitisch gefährliche Abwärtsspirale, in der sich nur die Populisten nach oben schwingen können.

Unsere Medienkultur kommt den Populisten und Vereinfachern mit ihrer „Only bad news is good news“-Logik weniger intentional als vielmehr systemisch entgegen. Sie fordert und fördert den weit verbreiteten Alarmismus als gesellschaftliche Grundstimmung.

Schwierigkeiten mit dem Positiven

Matthias Horx kritisiert in seinem Buch „Zukunft wagen“ den Alarmismus pointiert. Im Zuge der Krise habe sich ein „unentwegtes Nörgeln, Jammern und Klagen, ein generelles Dagegensein“ wie Mehltau über alle Diskussionen, Debatten und Diskurse gesenkt. Natürlich müsse man mit Blick auf die Zukunft immerzu Angst haben. Dafür seien wir Menschen evolutionär konstruiert. „Wenn wir aber Angst zum Weltsystem machen, zum Leitgefühl, zum einzigen Anlass, Fragen zu stellen, dann zerstören wir die Zukunft“, warnt Horx. Medien würden heute mehr und mehr zu aktiven Produzenten von Erregungen von Aufmerksamkeitskapital werden, ihrem eigentlichen Produktionsmittel. Dies bedeute ein neues „Stadium der Selbstschöpfung“. „Warum fällt es uns so schwer, positiv mit dem umzugehen, was sich entgegen aller Gerüchte, aller Krisen und Angstbilder immer mehr durchsetzt? Sicherheit. Freiheit. Wohlstand“, fragt Horx. Wir würden immer nur die Trends zum „Prekariat“, „Burn-out“, „Mobbing“, die ständig drohende „Massenarbeitslosigkeit“, die „Generation Praktikum“, den „Zerfall der Mittelschicht“ und die „Mietpreisspirale“ sehen.

Konstruktiver Journalismus

Diese Problematik beschäftigt Medienmacher schon selbst: Ob „constructive journalism“ die richtige Antwort ist, ist zu diskutieren. Ulrik Haagerup, Infochef des dänischen Rundfunks, erklärte

zu diesem Ansatz in einem „Standard“-Interview: „Das ist ein Kampf gegen das seit Jahrzehnten praktisch von allen Medien gelebte Prinzip, dass nur Stories gut sind, die auf einem Konflikt aufbauen, einer dramatischen Situation, einem Opfer – und alles andere wäre Werbung und nicht mehr Journalismus. ‚Constructive News‘ bedeutet eine Ergänzung der traditionellen Kriterien, was berichtenswert ist: Wir müssen unsere Filter bei der Wahrnehmung der Welt anders justieren. Unseren Nachrichten – und da spreche ich nicht von Entertainment- oder Lifestyle-Stories – lassen die Menschen depressiv werden – oder sie wenden sich von den traditionellen Medien ab. Die ‚Huffington Post‘ ist inzwischen die zweitgrößte Newsplattform der Welt. Seit 2012 hat sie eine Rubrik für ‚Good News‘. Die Beiträge dort werden am häufigsten über soziale Netze weiterverbreitet. Wir aber zeichnen eine Welt von Selbstmordattentätern, Kriminellen, politischem Streit, Problemen von Minderheiten und Interessengruppen, die vor den Übeln dieser oder jener Gesetzesinitiative warnen.“ Dieser Befund zeigt, dass Selbstreflexion innerhalb der Medien wichtiger denn je ist.

Qualität muss sich lohnen

Wir brauchen ganz sicher mehr Mut in den Medien, weil politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten die Rolle von Medien als unabhängige Plattformen für den öffentlichen Diskurs unterminieren. Die Inseraten-Affäre der österreichischen Innenpolitik hat gezeigt, wie Politik von gestern agiert: Medien zupflastern und möglichst „kaufen“ – damit für die echten Herausforderungen des Landes weniger Platz ist.

Doch gerade heute ist es wichtiger denn je, dass Medien objektiv auf den Punkt bringen, vor welchen Herausforderungen wir stehen und welche Lösungen es dafür gibt. Die vierte Macht im Staat muss mehr machen, als „bad news“ zu verbreiten. Sie muss kritisch sein, ohne Zerrbilder einer Wirklichkeit zu produzieren, die uns entmutigen, vom Handeln abhalten und letztlich apathisch machen. Objektive Qualität und echte Diskursorientierung müssen sich bezahlt machen – in allen Medien und Verbreitungskan-

nälen. Das ist auch die große Herausforderung für die Medienförderung, die im Zeitalter der Digitalisierung ohnehin radikal neu zu denken ist.

An Grenzen stoßen

Wir brauchen für die Weiterentwicklung unserer res publica mehr Mut und Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Nur dann werden Veränderung und Verbesserung nachhaltig möglich sein. Dafür muss Politik an ihre Grenzen stoßen. Nämlich an jene Grenzen, die ihr die Bürgerinnen und Bürger setzen, weil sie selbst aus ehrlicher Überzeugung an der Zukunft des Politischen mitwirken. Weil sie sich in die Dinge einmischen, die sie nicht aus der Hand hätten geben sollen.



Mut zur Vernunft

Mehr Mut zur Bewältigung von Zukunft in Österreich erfordert letztlich eines: mehr Mut zur Vernunft. Der aufklärerische Wahlspruch „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“ ist in einer Zeit des wachsenden Populismus und religiös verbrämter kultureller Zumutungen aktueller denn je. Mut und Vernunft sind in einer zukunftsorientierten Gesellschaft die Seiten der gleichen Medaille.

Das Populismus-Problem

Purer Opportunismus, gezielte Manipulation, blanke Realitätsverweigerung: Die Erscheinungsformen des Populismus in der Politik sind vielfältig – und eine Hypothek für die Zukunft. Das eigentliche Übel des Populismus besteht darin, dass ihm eine vernunftgeleitete, realistische Sicht auf die Wirklichkeit vollkommen egal ist. Der amerikanische Moralphilosoph Harry G. Frankfurt hat dies in seinem berühmten Essay „On Bullshit“ präzise auf den Punkt gebracht. „Bullshitten“ im moralphilosophischen Sinn meint, verkürzt gesagt, „einfach so zu tun, als ob“. Wahrheit und Wirklichkeit sind gar keine Bezugspunkte mehr.

Populismus ist Bullshit

Das Bemühen, Wirklichkeit zu erkennen und richtig einzuschätzen, ist eine Grundbedingung für vernünftiges politisches Denken und Handeln – und damit für die Bewältigung der Zukunft. Populistische Politiker sind daran nicht interessiert. Der kurzfristige Machterwerb bzw. die Sicherung von Macht ist ihr einziges Anliegen. Sie versuchen, Wirklichkeit nach ihren Eigenlogiken zu schaffen. Das Ergebnis sind Behauptungen wie: Wir brauchen keine

Reformen. Wir brauchen keine Ausländer. Die Reichen werden in Österreich auf Kosten der Armen immer reicher. Und vieles mehr. Populismus ist Bullshit in Reinkultur – und eine massive Gefahr für unsere Zukunft.

Richtiges tun

Eine vernunftgeleitete, an der Wirklichkeit interessierte Sicht der Dinge ist in Gesellschaft und Politik wichtiger denn je. Denn es geht darum, das Richtige zu tun. Und nicht bloß das Opportune, das Populäre, das mit dem geringsten Einsatz Verbundene. Das können und dürfen wir uns mit Blick auf die materiellen und ideellen Grundlagen unseres Gemeinwesens nicht mehr leisten. Vernunftgeleitete Politik ist in unterschiedlichsten Handlungsfeldern notwendig: Besonders jedoch, was unsere Innovationskraft und unsere sozialen Sicherungssysteme betrifft.

Staat ohne Kraft

Unser Staat wird keine Kraft und Handlungsfähigkeit für die Zukunft mehr haben, wenn wir weiterhin so „haushalten“ wie bisher. Wachsende Schuldenberge und Strukturen von gestern sind kein Ausdruck eines immer zivilisierteren Staatswesens, sondern ein enormes Problem. Wir können es uns nicht weiter leisten, mit sündteuren Strukturen von gestern zu arbeiten und weiter auf Pump zu leben. Wir haben kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Es ist daher vernünftig, den Weg einer konsequenten Konsolidierung zu gehen, um die drückenden Staatsschulden abzubauen und den nächsten Generationen eine Zukunft mit Perspektive zu bieten. Es ist vernünftig, auf Dauer nicht mehr auszugeben, als man einnimmt – und daher den Umfang der Staatstätigkeit mutig zu redimensionieren.

Zuwanderung als Gebot der Vernunft

Unsere Unternehmen – und damit Wachstum und Wohlstand – leiden zunehmend unter dem Fachkräftemangel, wenn es keine

qualifizierte Zuwanderung nach Österreich gibt. Es ist dummer Populismus, den Menschen vorzumachen, unser Wirtschafts- und Gesundheitssystem komme ohne Arbeitskräfte aus dem Ausland aus. Je mehr wir uns abschotten, je xenophober wir uns geben, desto schlechter werden unsere Zukunftsaussichten auf jene Kräfte sein, die wir brauchen.

Wir merken es deutlich im Bereich der Spitzenforschung: Hochkarätige internationale Forscherinnen und Forscher überlegen es sich sehr gut, welches Angebot einer Universität oder einer Forschungseinrichtung sie annehmen. Warum sollten sie in ein Land gehen, wo ihnen eine Kultur der Ablehnung entgegenschlägt, weil sie eine andere Religion, eine andere Hautfarbe oder einfach eine andere Heimat haben?

Wer Österreich von Zuwanderung abschotten will, der schottet uns auch von Wohlstand ab. Österreich ist auf qualifizierte Zuwanderung existenziell angewiesen.

Klare, transparente Kriterien und das Auseinanderhalten von Zuwanderung und Asyl sollten Standards in einer vernünftigen Zuwanderungsdebatte sein, deren Unterschreitung sich keine politische Kraft leisten kann.

Partnerschaft mit der Wissenschaft

Vernünftige Politik muss eine Partnerschaft mit Wissenschaft und Forschung eingehen, damit wir jene Herausforderungen, die noch nicht so klar konturiert sind, richtig abschätzen und rechtzeitig anpacken können. In diesem Bereich liegen auch enorme Chancen für die Wissenschaft, an Wirkmacht zu gewinnen.

Wir brauchen jedenfalls mehr Menschen in der Politik, die sich systematisch mit Zukunftsfragen beschäftigen. Wir brauchen insgesamt mehr Zukunftskompetenz in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, um uns rechtzeitig in die richtige Richtung weiterentwickeln zu können.

Mehr Vernunft und Freiheit

In Wirklichkeit wissen fast alle in der Politik, welche Reformen auf der Agenda stehen müssen: Staatsfinanzen, Pensionen, Verwaltung, Wettbewerbsfähigkeit, Bildung. Der Mut, diese Probleme auch klar beim Namen zu nennen und eben nicht zu bullshitten, ist der erste Schritt zu ihrer vernünftigen Lösung. Mehr Vernunft in der Politik und mehr Freiheit für die Bürgerinnen und Bürger lösen viele Probleme. Es ist höchste Zeit, den boomenden Populismus auf Talfahrt zu schicken.

Freiheit und Fundamentalismus

Der Primat der Vernunft in unserer Gesellschaft wird gegenwärtig nicht nur durch modernen Populismus in Mitleidenschaft gezogen. Der Stellenwert von Vernunft und Freiheit ist durch religiös und kulturell verbrämten Fundamentalismus und Radikalismus gefährdet.

Die Anschläge von Paris waren die Spitze eines Eisberges einer Bedrohung der Kultur der Vernunft und der Freiheit. Die schon lange überwunden geglaubte Vormoderne ist in dramatischen Ausprägungen wieder da – mitten in unserer europäischen Gesellschaft. Regeln, die aus Glauben und Traditionen abgeleitet werden, werden in manchen Teilen der Gesellschaft über die Regeln staatlicher Normen, Vernunft und Ethik gestellt. Rechtsstaatliche und menschenrechtliche Standards, wie Meinungsfreiheit oder die Gleichwertigkeit von Mann und Frau, gelten nicht mehr. Im Namen der Religion scheinen rechtsstaatlich Verbotenes und gesellschaftlich Geächtetes wieder möglich. Bald könnte an manchen Bildungseinrichtungen gehetzt statt gelehrt werden. Wider jede Vernunft und Ethik. Hier braucht es Mut, ein gemeinsames Ethos für aufgeklärte Menschen zu definieren. Auch der Dalai Lama schrieb am 10. September 2012 auf seiner Facebook-Seite: „All the world's major religions, with their emphasis on love, compassion, patience, tolerance, and forgiveness can and do promote inner values. But the reality of the world today is that grounding ethics

in religion is no longer adequate. This is why I am increasingly convinced that the time has come to find a way of thinking about spirituality and ethics beyond religion altogether.“

Aufklärung weiterentwickeln

Was also tun? Konsequente Terrorbekämpfung und die konsequente Gewährleistung rechtsstaatlicher Regeln sind unverzichtbar. Immer mit Blick auf die Bewahrung der bürgerlichen Freiheiten. Auch die Anpassung staatlicher Anreizsysteme ist Thema: Warum soll jemand, der unser Staatswesen und die damit verbundenen Werte aktiv ablehnt, von dessen Leistungen – die ja Ausdruck dieser Werte sind – profitieren? Es ist vernünftig, diese Frage zu stellen, zu diskutieren und die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Aber es geht mit Blick auf die Zukunft letztlich um mehr: Es geht um die Notwendigkeit, das geistig-kulturelle Projekt der Aufklärung weiterzuentwickeln. Der Kulturosoziologe Gerhard Schulze hat in seinem Buch „Die Sünde“ zu Recht eingemahnt, dass wir uns in größerer Klarheit zum diesseitigen Leben bekennen müssen, wenn wir die Tradition der Aufklärung als Identitätskern bewahren wollen: „Die Auseinandersetzungen, in die sich der Westen im 21. Jahrhundert verstrickt sieht, verlangen ihm ein ungewohntes Bekenntnis zu sich selbst ab, denn es zeichnet sich ein Fundamentalkonflikt ab, in dem genau diejenigen Ideen wiederkehren, gegen die sich die Aufklärung im 18. Jahrhundert richtete: magische Religiosität, ethnische Gemeinschaft, Verbot des Zweifels, Bekämpfung des Anspruchs jedes Einzelnen auf sein eigenes Leben, Verfluchung des irdischen Glücks.“ Die Menschen in Europa, so Schulze, „müssen wissen, was sie wollen, und sie müssen den Wert ihres Lebensstils erkennen.“

Freiheit durch Emanzipation

Unsere Kultur der Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit, sondern Ergebnis eines jahrhundertelangen Emanzipationsprozesses von einstmals kollektiv verbindlichen religiösen Vorstellungen. Die

Trennung von religiöser und politischer Macht, von Kirche und Staat ist eine historische Errungenschaft, hinter die es kein Zurück geben kann, wenn wir unsere Kultur der Freiheit nicht aufs Spiel setzen wollen.

„Der Aufklärung und ihrer Kritik verdanken wir den technischen, wissenschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt, der Moderne den Kapitalismus und die Demokratie. Es war ein Emanzipationsprozess für den Einzelnen wie für die Gesellschaft, der in ständiger Transformation gründete (...) Aus dem Feudalismus erhob sich die Demokratie, dem aufsteigenden Kapitalismus begegnete die Arbeiterbewegung und dem Patriarchat die Frauenbewegung. Der europäische Kolonialismus forderte antikoloniale Bewegungen heraus. Die Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts konnten überwunden werden, weil der Widerstand gegen sie à la longue stärker war und sich eine antitotalitäre Tradition entwickelte. Auch wenn die Geschichte gezeichnet ist von Katastrophen und Rückfällen in die Barbarei, konnte dieser fortschreitende Prozess der Befreiung von niemandem aufgehalten werden“, schreibt die Freiheitsforscherin Ulrike Ackermann im Sammelband „Freiheit. Wir sind dafür.“

Unteilbare Freiheit

Ackermann macht darauf aufmerksam, dass Freiheit unteilbar ist: „Unsere bisherige Geschichte war so erfolgreich, weil sich wirtschaftliche, politische und individuelle Freiheit immer gegenseitig bedingen und vorantreiben. Ohne die Neugierde, Risikobereitschaft und mutige Schaffenskraft der Individuen hätten wir heute weder Wohlstand noch Demokratie. Das Bewusstsein über diese Zusammenhänge ist aber weitestgehend verlorengegangen (...) Um unsere Freiheiten zu schützen und auszubauen, muss man sich jedoch vehement für sie einsetzen, sie wertschätzen, um sie streiten und auch in sie investieren. Als unser höchstes Gut und Lebenselixier sollten wir die Freiheit offensiv verteidigen, um sie immer wieder neu mit List, Lust und Wonne ergreifen zu können.“

Freiheit neu denken

Das heißt für uns: Wir dürfen den Wert der Freiheit und das Prinzip der Vernunft in unserer Gesellschaft nicht verstecken oder geringerschätzen. Wir brauchen in Gesellschaft und Politik ein neues Bewusstsein für Freiheit – in allen Lebensbereichen. Wir brauchen Bildung zur Freiheit und zur Vernunft. Politik muss mehr Freiheit möglich machen, statt unsere Freiheit weiter zu beschränken.

Freiheit ist der grundlegende Wert der liberalen Demokratie und unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells der Ökosozialen Marktwirtschaft mit einer vitalen Zivilgesellschaft. Mehr Freiheit ist die richtige Antwort auf alle, die unsere Freiheit attackieren oder infrage stellen. Mehr Freiheit ist vernünftig. Denn mehr Freiheit gibt uns die Chance, unsere Zukunft mutig selbst in die Hand zu nehmen. In diesem Sinne: Mut zu mehr Freiheit!



Literatur

Ulrike Ackermann:

Freiheit. Wir sind dafür

(Julius Raab Stiftung/Edition noir 2012)

Harry G. Frankfurt:

On Bullshit

(Suhrkamp 2006)

Ulrik Haagerup:

Interview von derStandard

(<http://derstandard.at/2000019682026/Menschen-klueger-machen-Was-konstruktiver-Journalismus-will> 2015)

Matthias Horx:

Wie wir leben werden – Die Zukunft beginnt jetzt

(Campus 2006)

Matthias Horx:

Zukunft wagen. Über den klugen Umgang mit dem Unvorhersehbaren

(DVA 2013)

Damian Izdebski:

Meine besten Fehler

(Stein Verlag 2015)

Cornelia Koppetsch:

Die Wiederkehr der Konformität

(Campus 2013)

NCCR Democracy, Hanspeter Kriesi, Lars Müller:

Herausforderung Demokratie

(Lars Müller Publishers 2013)

Michael Meyer, Reinhard Miller und Hanna Schneider:

Die Rolle der Gemeinnützigkeit in Österreichischen Stiftungen

(Wirtschaftsuniversität 2010)

Gerhard Schulze:

Die Sünde. Das schöne Leben und seine Feinde

(Hanser 2006)

Wolfgang Zimmermann:

Unternehmer sind Verrückte. Wie Unternehmer Grenzen überwinden und was Manager von ihnen lernen können


(Springer Gabler 2012)



Dr. Harald Mahrer, geb. 1973, verheiratet, ist seit 2011 Präsident der Julius Raab Stiftung. Der Absolvent der Wirtschaftsuniversität Wien sammelte politische Erfahrung als Vorsitzender der Österreichischen Hochschülerschaft und schloss danach sein Doktorat der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften ab. Nach mehrjähriger Tätigkeit als Forschungsassistent startete er als Geschäftsführer die legend Consulting GmbH, leitete später Österreichs führende PR & Lobbyingagentur Pleon Publico und war über 15 Jahre als Förderer von Start-ups und als Business Angel aktiv. Als Co-Direktor des Metis Instituts für ökonomische & politische Forschung beschäftigte er sich intensiv mit unternehmerischer Verantwortung und der Freiheit des Bürgers. Seit 1. September 2014 ist er auch Staatssekretär für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft.



Bettina Lorentsich, MSc, MBA, geb. 1968, verheiratet und Mutter einer Tochter, studierte zunächst an der Universität Salzburg Rechtswissenschaften. 2007 absolvierte sie an der Donau Universität Krems das MSc-Studium und am Institut für Management in Salzburg graduierte sie 2009 schließlich zum MBA. Derzeit absolviert sie das Doktoratsstudium in Brunn, Ph.D in Economics. Hauptberuflich ist Frau Lorentsich in der Firmengruppe ihrer Familie als Geschäftsführerin mehrerer Unternehmen tätig. Ihre politische Karriere startete sie als Spartenobmann-Stellvertreterin der Sparte Handel in Salzburg. Von Ende 2011 bis 23.6.2015 war sie (die erste) Obfrau der Bundessparte Handel in der WKÖ. Im März 2012 wurde sie zur Vizepräsidentin des Österreichischen Wirtschaftsbundes gewählt. Am 23. Juni 2015 wurde sie zur Präsidentin der Julius Raab Stiftung designiert. Ab Oktober 2015 ist Frau Lorentsich formal Präsidentin dieses Think Tanks. Bettina Lorentsich liegen die Bereiche CSR, Ethik und Nachhaltigkeit besonders am Herzen. Etliche ihrer Beiträge zu diesen Themen wurden bereits in mehreren Fachbüchern und Fachzeitschriften publiziert. Frau Lorentsich ist außerdem Vorsitzende des Zentrums für humane Marktwirtschaft.



Abstiegsängste, Stagnation, Besitzstandsdenken: In Österreich ist die Vergangenheit das Maß der Dinge. Und nicht die Zukunft. Das muss sich ändern, wenn wir im Wettbewerb um Wachstum und Wohlstand gewinnen wollen.

Österreich braucht jetzt vor allem eines: Mehr Mut, Dinge in die richtige Richtung zu verändern. Mehr Bereitschaft, die Zukunft aktiv zu gestalten. In der Pflicht sind Politik, Bürgergesellschaft, Bildung und Medien.

Die Publikation „Mut. Wir sind dafür“ der Julius Raab Stiftung untersucht, wie wir wieder mutiger werden können und warum ganz Österreich dafür unternehmerischer denken und handeln muss.

edition noir

ISBN: 978-3-9503812-5-2